

Förderoase

Ein Wiener Kindergartenbetreiber soll zwischen 2009 und 2016 8,7 Millionen Euro Subventionen veruntreut haben. Neue Dokumente zeigen, dass den Behörden bereits ab 2006 Unregelmäßigkeiten bekannt waren.

VON THOMAS HOISL

Ich wollte Kinder für die österreichische Gesellschaft erziehen. Ich wollte, dass Zuwanderer sich integrieren, aber ihre Identität bewahren können. Dafür habe ich sogar meinen Beruf als Jurist aufgegeben“, so Hassan M. letzte Woche vor Gericht. Dass der 60-jährige Kindergartenbetreiber sich in seinem früheren Juristenberuf wohlfühlt, ist offensichtlich. Als er vergangenen Dienstag in Wien dem Richter Christoph Zonsic-Kral gegenüber sitzt, türmen sich neben dem 60-jährigen Angeklagten Aktenberge. Geduldig lauscht das Schöffengericht, während Hassan M. sich gegen die umfangreichen Vorwürfe wehrt und immer wieder Schriftstücke nach vorn reicht. Auch sein Verteidiger Michael Dohr springt für M. in die Bresche: Sein Mandant sei eigentlich ein „Held“, der Integrationsarbeit in seinen Kindergärten gelebt hätte.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) sieht das anders. Die Behörde wirft M. und sechs weiteren Beschuldigten – darunter M.s Ex-Frau, seine Lebensgefährtin, ein steiri-



HASSAN M. VOR GERICHT
Förderungen für Kindergärten sollen privat verwendet worden sein.

scher Immobilienmakler und ein Wiener Unternehmer – Betrug in Millionenhöhe vor. Ab 2009 sollen über den Verein „Edu&Fun“ mittels Fördervertrag der Stadt Wien Gelder im Wert von insgesamt 8,7 Millionen Euro geflossen und laut Anklageschrift missbräuchlich verwendet worden sein. Gedacht war die Summe für den Betrieb eines konfessionellen Kindergartens in Wien-Floridsdorf; genutzt wurde sie laut Anklage für den privaten Alltags-

gebrauch, sowie zur Finanzierung einer Schule an derselben Adresse, der ebenfalls von M. betriebenen Azhar International School (AIS). Buchungsunterlagen und Rechnungen seien für die Rechenschaftsberichte gefälscht worden, heißt es in der Anklage. Die mutmaßlich verfälschten Jahresbilanzen wurden bei der zuständigen MA10 dann immer erst stark verspätet eingerichtet. 2014 kamen schließlich Vorwürfe gegen „Edu&Fun“ auf, die Förderungen wurden gestoppt. 2016 gründeten die Angeklagten aber einen neuen Verein, „Oase des Kindes“. Für weitere Förderungen machte der Wiener Magistrat zur Bedingung, dass M. ausdrücklich keine Funktion mehr im Verein haben durfte. Deshalb, so die Annahme der Anklage, wurden der mitangeklagte Wiener Unternehmer und der steirische Hausverwalter „als Strohmänner“ mit entsprechenden Funktionen in der „Oase des Kindes“ betraut. Weitere Gelder flossen.

Ermittelt wurde gegen M. und die Mitangeklagten dann erst ab dem Jahr 2016. Die Mutter eines bei M. angemeldeten Schülers hatte bei der Bildungsdirektion eine Beschwerde eingebracht. Die für För- ▶

Kontrolloffensive

Die Stadt Wien schloss seit 2017 insgesamt 136 Kindergärten.

2009 war man sich noch einig: Die neue Bestimmung zur Förderung „beitragsfreier Kindergärten“ (Gratis-Kindergärten) schien ein voller Erfolg zu sein. Nicht nur die rot-grüne Stadtregierung pries das Modell als Prestigeprojekt; auch ÖVP und FPÖ erklärten, dass ihre langjährigen Forderungen umgesetzt wurden. Es gab immer mehr Kindergartenbetreiber – und Affären um Fördergeldmissbrauch. Unter Druck

gekommen, formulierte die rot-grüne Koalition ab 2017 strengere Anforderungen für private Betreiber. So musste etwa ein präziser „Business-Plan“ vorgelegt werden. Zudem stockte man bei den Kontrollen auf: „Seit Frühjahr 2017 wurden die Kontrollen in den Wiener Kindergärten verstärkt. Darüber hinaus wurde das Aufsichtspersonal in der MA 11 um sieben auf 20 Personen aufgestockt. Damit kontrollieren in der MA 10 und MA 11 insge-

samt 39 MitarbeiterInnen die Wiener Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen“, heißt es aus dem Büro von SPÖ-Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky.

Seit 2017 wurden insgesamt 136 Einrichtungen geschlossen: 86 im Jahr 2017, im Vorjahr 36 und heuer 16. Die Kontrollen werden unangekündigt durchgeführt, betont die Stadt. Pro Jahr gebe es 3000 Prüfungen in 350 städtischen sowie den 1700 privaten Trägern. „Anzumerken

ist, dass eine Schließung oder eine Auflösung einer Trägerorganisation nicht gleichzeitig den Verlust der Plätze bedeutet. In vielen Fällen werden Standorte durch andere BetreiberInnen übernommen“, so die MA10.

Die NEOS sind skeptisch: Mehr Kontrollen in den Kindergärten seien zwar zu begrüßen, die 2018 umgesetzten Regelungen bedeuten für private Betreiber aber auch viel mehr Bürokratie.

snooze[®]
NATURAL SLEEP DRINK

Sweet Dreams, Happy Days

Snooze[®] –
das 100% natürliche Schlafgetränk
auf Kräuterbasis.
Für alle, die am nächsten Tag
Höchstleistungen
vollbringen wollen.

Renate A. meint:
"Nichts belebt mehr als
guter Schlaf."



Jetzt **gratis** testen auf
www.snooze.co

derungen zuständige MA10 wurde informiert, die mit der Prüfung der Bilanzen begann und die Staatsanwaltschaft Wien einschaltete. Weil der vermutete Schaden bald auf über fünf Millionen Euro anstieg, übernahmen die Korruptionsermittler der WKStA.

Es folgten Dutzende Hausdurchsuchungen, Kontenöffnungen und im Februar 2017 sogar Untersuchungshaft gegen Hassan M. wegen Verdunkelungsgefahr. Verantworten müssen sich die sieben Angeklagten nun wegen des Verdachts von schwerem Betrug, Untreue und betrügerischer Krida.

In Wien ist M. kein Unbekannter. Als langjähriges Mitglied des sogenannten Schura-Rates der Islamischen Glaubensgemeinschaft und Vorsitzender der Arabischen Kultusgemeinde war er immer bestens vernetzt. Ihm werden gute Kontakte zu der ägyptischen Botschaft, dem Regime in Kairo und österreichischen Ministerien nachgesagt. Umstritten war M., der 1977 nach Wien kam, vor allem auch in der eigenen Community.

Wie aus profil vorliegenden Dokumenten hervorgeht, hat die Causa M. offenbar eine längere Vorgeschichte. Demnach waren Staatsanwaltschaft und Stadtschulrat bereits ab spätestens 2006 über mögliche Unregelmäßigkeiten beim Schul- und Kindergartenbetreiber M. informiert. Mitstreiter, die mit M. seit 2002 in der Azhar International School zusammenarbeiteten, erhoben 2005 umfangreiche Beschwerden beim Wiener Stadtschulrat sowie der Staatsanwaltschaft – sie warfen M. Betrug vor. Subventionen durch den Stadtschulrat für Lehrpersonal und Versicherungsbeiträge seien fälschlicherweise erschlichen worden, so die Vorwürfe. Man argumentierte mit Bilanzen, Gehaltszettel und AMS-Meldungen. Schließlich reagierte der Stadtschulrat, führte selbst Erhebungen durch und gab den Beschwerdeführern teilweise recht. Am 10. März 2006 machte die Schulbehörde deshalb eine Eingabe an die Staatsanwaltschaft Wien (siehe Faksimile). Darin hieß es etwa: „Anfragen ergaben, dass Lehrer, für welche Personalkosten refundiert wurden, zum Teil gar nicht bei der Sozialversicherung gemeldet waren.“ Eine Reihe weiterer Vorwürfe ging bei der Anklagebehörde ein. Ein Lehrer schrieb damals: „Ich erfuhr, dass der Stadtschulrat 2004 14.106 Euro für meine Tätigkeit in den Jahren 2002 bis 2003 Herrn Dr. M. überwies. Ich wurde darüber nicht informiert, ebenso wenig erreichte mich auch nur ein Cent da-

vor.“ Auch im Hortbetrieb soll M. damals getrickst haben. In einem Rundschreiben ersuchte er Eltern seiner Schüler, Kinder für seinen Hort anzumelden und dadurch geringere Schulbeiträge zu zahlen. Für den vollen Hortbetrieb erhielt M. in den Jahren 2002 und 2003 laut einem Rechenschaftsbericht Zuschüsse von 143.000 Euro. Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelte, das Verfahren wurde Anfang 2007 jedoch eingestellt. Der Stadtschulrat einigte sich mit M. wiederum auf Rückzahlungen von Sozialversicherungsbeiträgen. Weitere Konsequenzen gab es vorerst keine. Ab 2009 konnte der mittlerweile Angeklagte dann aus dem Vollen schöpfen: diesmal bei der MA10, zuständig für Kindergartenförderung.

Auf profil-Anfrage bei der Wiener Bildungsdirektion heißt es dazu vom Leiter des Präsidialbereiches, Arno Langmaier: „Diese Angelegenheit ist damals geregelt worden. Es gab immer mal wieder Beschwerden, aber die haben beim konkreten Fall – zum Thema Personal – nichts ergeben, was zu Konsequenzen wie einer Schließung oder einem Subventionsstopp geführt hätte. Die Bildungsdirektion hat so lange Mittel ausbezahlt, solange eine Schule existiert, solange sie beispielsweise von der IGGÖ als professionelle Schule anerkannt ist oder vom Ministerium das ‚Gütesiegel‘ des Öffentlichkeitsrechts genießt.“ Herr M. sei heute nicht mehr im Vorstand der „Azhar International School“, die neue Führung distanzierte sich von ihm, weshalb die Schule nach wie vor subventioniert werde.

Die früheren Vorwürfe ähneln den nun bei Gericht verhandelten jedenfalls frappant. In der aktuellen Anklage ist ebenfalls von Lehrern die Rede, die keine Gehälter bekamen. Und: Das aktuelle Verfahren kam überhaupt erst zustande, nachdem sich eine Mutter bezüglich der Horte beschwerte. „Im Juli 2014 erhielt die MA10 (...) die Beschwerde einer Mutter, wonach die Schulkinder zwingend im Hort angemeldet werden mussten.“

Vor Gericht sieht sich Hassan M. jedenfalls als Opfer einer Intrige. „Die Verträge, um die es hier geht, gibt es seit dem Jahr 2009. Wir arbeiten schon seit den 1990er-Jahren. Das, was wir gemacht haben, haben wir schon seit 2002 gemacht.“

Im Jänner soll die Verhandlung am Wiener Landesgericht fortgesetzt werden. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung. ■